



HESSISCHER LANDTAG

17. 06. 2020

Plenum

Antrag

Fraktion der Freien Demokraten

Zukunft braucht Erinnerung – Besuch einer Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus in den hessischen Kerncurricula verankern

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag betont, dass die Auseinandersetzung mit dem nationalsozialistischen Regime und seinen Verbrechen Teil der fortdauernden Verantwortung Deutschlands ist. Der Besuch von Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus gehört zur deutschen Erinnerungskultur.
2. Der Landtag betont, dass Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus Orte der historisch-politischen Bildung sind. Sie fördern das Geschichtsbewusstsein von Besucherinnen und Besuchern und sensibilisieren sie für Gegenwart und Zukunft.
3. Die theoretische Auseinandersetzung mit dem nationalsozialistischen Regime und seinen Verbrechen ist in den hessischen Kerncurricula festgeschrieben und damit für Schülerinnen und Schüler obligatorisch. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, auch den Besuch einer Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus in den Kerncurricula zu verankern. Alle hessischen Schülerinnen und Schüler sollten einmal in ihrer Schullaufbahn eine Gedenkstätte besucht haben.
4. Der Landtag betont, dass der Gedenkstättenbesuch von Schülerinnen und Schülern qualitativ hochwertig pädagogisch begleitet werden muss. Dabei sollte unter anderem auf die unterschiedlichen Kontexte der Schülerinnen und Schüler Rücksicht genommen und Herkunftsspezifika miteinbezogen werden. Der Landtag lobt in diesem Zusammenhang die Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung, die weiter gestärkt werden sollte.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf zu prüfen, welche weiteren politischen Maßnahmen die Verankerung des Gedenkstättenbesuchs in den Kerncurricula erfordert. Sinnvoll scheint in diesem Zusammenhang eine Erhöhung der Anzahl abgeordneter Lehrkräfte an den hessischen Gedenkstätten sowie eine stärkere Verankerung der Gedenkstättenpädagogik in der Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte. Es sollten zudem ausreichend Mittel zur Verfügung stehen, um allen interessierten Schulen die Bezuschussung der Fahrt durch die Landeszentrale für politische Bildung zu ermöglichen.
6. Der Landtag fordert die Landesregierung darüber hinaus auf, die Gedenkstättenbesuche und die begleitenden pädagogischen Konzepte der Schulen wissenschaftlich zu evaluieren, um ein vollständiges Bild des pädagogischen Umgangs der Schulen mit den Gedenkstättenbesuchen zu erhalten.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 17. Juni 2020

Der Fraktionsvorsitzende:
René Rock